



GREEN BUDGET GERMANY

## FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

### PRESSEMITTEILUNG

## **BVG-URTEIL GIBT RÜCKENWIND FÜR WEITERENTWICKLUNG DER ÖKOSTEUER**

Mit der erfreulich deutlichen Bestätigung der ökologisch-sozialen Steuerreform durch das Bundesverfassungsgericht ist nach Auffassung des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS) nun der Weg frei für die schnelle Umsetzung weiterer Reformschritte.

Das höchste deutsche Gericht hat ausdrücklich das Verfolgen positiver „Lenkungsziele“ für die Umwelt und die Entlastung des Faktors Arbeit durch die höhere Besteuerung von Energie als „unbedenklich“ bezeichnet. „Die gezielte Höherbelastung bestimmter steuerlicher Verbrauchstatbestände kann insbesondere auch durch umweltpolitische Zwecke gerechtfertigt werden“, urteilte das Gericht.

„Damit ist die bisherige juristische Kritik der Gegner der Ökosteuer eindeutig widerlegt. Das Urteil gibt uns Rückenwind für eine konsequente Weiterentwicklung der ökologischen und sozialen Steuer- und Finanzreform“ so FÖS-Vorsitzender Anselm Görres.

Noch vor der Sommerpause sollten daher die größten Ungleichbehandlungen der verschiedenen Verkehrsmittel beseitigt werden. „Der gemeinsame Bundestagsantrag der Koalitionsfraktionen zur Senkung der Mehrwertsteuer für die Bahn und zur Einführung der Mehrwertsteuer auf Flugreisen ins Ausland, sowie für die Besteuerung von Kerosin schafft fairen Wettbewerb und sollte auch durch die Opposition im Bundesrat nicht blockiert werden“, appellierte Görres. Nach Berechnungen des DIW gehen allein durch die Steuersubventionen des Flugverkehrs jährlich mehr als 2,7 Mrd. Euro verloren. Für den FÖS ist diese Initiative umso erfreulicher, da sie vom FÖS bereits im Januar 2004 den wesentlichen Entscheidungsträgern nahe gebracht wurde.

„Die Bahn muss günstiger und das Fliegen teurer werden“, fordert Görres. Sollte der Gesetzesantrag Wirklichkeit werden, würde die Bahn um rund 200 Mio Euro jährlich entlastet. Der FÖS fordert, dass diese Entlastungen – wie von der Bahn AG versprochen – im vollen Umfang an die Kunden weitergegeben werden und die IC- und ICE-Tickets damit um 10 Prozent verbilligt werden.

Ebenfalls noch vor der Sommerpause muss eine grundlegende Reform der KFZ-Steuer bzw. der Straßenverkehrszulassungsordnung endlich angepackt werden. „Die Billigsteuer für die schweren

#### Vorstand

Dr. Anselm Görres (Vorsitz)  
Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch  
(Stellvertretender Vorsitz)  
Florian Prange M.Sc (Schatzmeister)  
Dr. jur. Dörte Fouquet  
Dipl.-Vw. Bettina Meyer  
Dipl.-Pol. Martin Weiß

#### Geschäftsführung

Damian Ludewig  
Andrea Sauer (in Elternzeit)  
Sebastian Schmidt

#### Beirat des FÖS

Dr. Gerhard Berz  
Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH  
Dr. Martin Bursík, Vize-Premier, CZ  
Prof. Dr. Frank Convery, IRE  
Dr. Henner Ehringhaus, CH  
Dr. Franz Fischler, EU-  
Agrarkommissar a.D., AT  
Josef Göppel, MdB  
Prof. Dr. Hartmut Graßl  
Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH  
Norbert Mann  
Dr. Paul E. Metz, NL  
Prof. Janet E. Milne, USA  
Yannis D. Paleocrassas, GR  
Prof. Dr. Albert J. Rädler  
Christine Scheel, MdB  
Matthias Max Schön  
Prof. Dr. Ulrich Steger  
Prof. Dr. Norbert Walter  
Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker  
Prof. Dr. Wolfgang Wiegand  
Anders Wijkman MdEP, S  
Dr. Angelika Zahrt

pm bvg-urteil 21.4.2004/04.08.2009

**GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V. (FÖS)**

Seestraße 116 · D-13353 Berlin · Fon/Fax +49-30-510 530-80/-79 · [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de) · [www.eco-tax.info](http://www.eco-tax.info)  
GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

Geländewagen auf unseren Straßen ist ein Skandal“, so Görres. „Diese Spritschleudern können, wenn sie ein zulässiges Gesamtgewicht von mehr als 2,8 Tonnen aufweisen, als Nutzfahrzeuge zugelassen werden. Dadurch sparen die schätzungsweise 170.000 Geländewagen durchschnittlich jeweils über 700 Euro KFZ-Steuer. Dem Staat entgehen durch diese Steuersubvention für Geländewagen Einnahmen von 120 Mio Euro. Um diese Subvention abzuschaffen, ist eine Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) notwendig. Aufgrund einer Gesetzeslücke können private Geländewagen, die als PKW aufgrund ihres hohen Schadstoffausstoßes nicht mehr zugelassen werden könnten, weil sie die PKW-Norm Euro 3 nicht erfüllen, ab 2,8 Tonnen als Nutzfahrzeuge registriert werden.

„Aber auch die bisherige Ausrichtung am Hubraum ist keine geeignete Bemessungsgrundlage für die gewünschte ökologische Lenkungswirkung beim Autokauf“, so Görres. Der FÖS fordert daher eine Ökologisierung der KFZ-Steuer. Zum einen sollten die Steuersätze nach dem Schadstoffausstoß – insbesondere den krebserregenden Partikelemissionen – weiter differenziert werden, um einen Anreiz zur Einführung des Partikelfilters bei Dieselfahrzeugen zu schaffen. Zum anderen sollte die Bemessungsgrundlage von Hubraum auf CO<sub>2</sub>-Emissionen umgestellt werden. So können bei der Kaufentscheidung umwelt- und wirtschaftspolitisch positive Wirkungen unterstützt werden.

„Diese Umgestaltung der KFZ-Steuer muss nach unserer Ansicht mit der Abschaffung der Subvention für Dieselmotoren einhergehen“, erläuterte Görres. Im Vergleich zu Benzin wird heute jeder Liter Diesel mit 18 Cents steuerlich subventioniert. Denn um diesen Betrag ist die Mineralölsteuer für Diesel geringer als für Benzin.

Da die heutigen KFZ-Steuern Dieselfahrzeuge höher belasten, müssen die Reform der KFZ-Steuer und die Abschaffung der Dieselsubventionen bei der Mineralölsteuer Hand in Hand gehen.